

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

16.1.1932 (No. 13)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrueher-
Strasse Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Strasse 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beiziehung und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 26. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amstlicher Teil

Reichsgründungsfeier

Aus Anlaß der Wiederkehr des Tages der Reichsgründung am 18. Januar, werden die öffentlichen Gebäude besaggt.

Städtische Theater und Orchester

Von Direktor Ehrler, Freiburg

I.

Die andauernd kritische Lage der städtischen Theaterbetriebe hat es den Städte-Statistiken als zweckmäßig erscheinen lassen, das Theater- und Orchesterwesen auch in dem neuen (26.) Jahrgang des „Statistischen Jahrbuchs deutscher Städte“, der vor kurzem erschienen ist und eine Fülle wertvoller Materials aus den verschiedensten Gebieten der Stadtverwaltung enthält, einer eingehenden Bearbeitung zu unterziehen. Nach den Feststellungen des Prof. Dr. Schott, Mannheim, betrug im Spieljahr 1929/30 bei allen deutschen Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern der Betriebsaufschlag an die eigenen und fremden Theater und Orchester 58,756 Millionen Reichsmark. Hieron entfallen auf Theater 48,763, auf Orchester 8,487 Millionen Reichsmark, auf Theatergemeinden und Besucherorganisationen 216 000 RM, auf Musikvereine, Konzerte und sonstige Aufwendungen 769 000 RM, auf außerordentliche Zuschüsse für Bau- und sonstige Zwecke 521 000 RM.

Während 1928 sich die Ausgaben der Städte gegenüber 1927 um ein volles Viertel erhöht hatten, ist 1929 gegenüber 1928 nur noch eine geringfügige Zunahme des Theateraufwandes (um 242 000 RM oder 0,4 Proz.) zu verzeichnen. In 45 Städten sind die Leistungen für Theater bzw. Orchester noch gestiegen, in 44 Städten haben sie sich vermindert, in 8 Städten sind sie gleich geblieben. Es ist also in der bedrohlichen Aufwärtsbewegung der Theaterzuschüsse im Spieljahr 1929/30 ein Stillstand eingetreten, der aber wohl in der Zwischenzeit durch eine starke rückläufige Bewegung abgelöst wurde. Wie nämlich aus den Ergebnissen der Ermittlungen des Verbandes der deutschen gemeinnützigen Theater, die sich auf die Voranschläge für 1931/32 beziehen, hervorgeht, haben die vorgesehene Einsparungen einen außerordentlich großen Umfang angenommen. Bei der Minderung der Ausgaben spielen selbstverständlich die Gehalts- und Lohnkürzungen eine wesentliche Rolle; außerdem werden einschneidende Einschränkungen durch Abbau von Stellen, Kürzung der Sagen und rückwärtslose Drosselung des Sachaufwandes durchgeführt. Die Einnahmen sind für 1931/32 im allgemeinen niedriger angelegt als im Vorjahre. Das Ergebnis dieser Sparmaßnahmen ist, daß es den meisten Bühnen gelungen ist, den Theaterbetrieb für das laufende Spieljahr sicherzustellen.

Berechnet man den städtischen Zuschuß im Spieljahr 1929/30 auf den Kopf der Bevölkerung, dann steht bei den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern Mannheim mit 7,15 RM an der Spitze; in absteigender Linie folgen Aachen mit 6,84, Wiesbaden mit 5,79, Duisburg mit 5,13, Frankfurt a. M. mit 4,97, Augsburg mit 4,87, Münster i. W. mit 4,86, Hannover mit 4,83, Mainz mit 4,78, Düsseldorf mit 4,54, Köln mit 4,44, Karlsruhe mit 4,32, Nürnberg mit 4,30, München mit 2,29, Stuttgart mit 2,25, Dresden mit 1,75, Berlin mit 0,81, Kassel mit 0,28 RM usw.

Von den Mittelstädten (50 000 bis 100 000 Einw.) haben die höchsten Kopfbeträge aufzuweisen Darmstadt mit 8,26 RM, Freiburg i. Br. mit 8,16, und Heidelberg mit 7,88 RM. In weitem Abstand folgen Bonn mit 5,82, Koblenz mit 5,14, Dsnabrück mit 4,35, Götting mit 2,76, Bamberg mit 2,74, Würzburg mit 1,49, Regensburg mit 1,47, Pforzheim mit 1,31 RM usw. Die Sparpolitik hat sich nach den Feststellungen von Prof. Schott am stärksten bei den Mittelstädten durchgesetzt.

Der städtische Regiebetrieb ist in verschiedenen Städten ganz oder teilweise aufgegeben worden. Das Theater in Münster ist seit 1. September 1929 verpachtet, das Burgwall-Theater in Dortmund wurde in ein Varieté umgewandelt und befindet sich seit 1. September 1930 ebenfalls in den Händen eines Pächters. In Brandenburg und Düsseldorf wurde der städtische Regiebetrieb

Letzte Nachrichten

Sie eine Uebergangslösung der Reparationsfrage Angelfächische Bemühungen

BRN. Berlin, 16. Jan. (Priv.-Tel.) Die dieser Tage in der angelfächischen Presse erkenntlich gewordene Tendenz, der bereits von dem englischen Wirtschaftsjachverständigen Keynes und Layton vertretenen Auffassung, daß die Aufgabe der Lausanner Konferenz über die Schaffung einer Uebergangslösung in der Reparationsfrage nicht hinausgehen könne, kommt heute wieder in Artikeln der Londoner „Times“ und der „New York Times“ zum Ausdruck. So schreiben die „Times“, in England sei man sich in der Tat darüber klar geworden, daß eine endgültige Streichung der Reparationszahlungen nicht vernünftig erscheine, solange noch eine Verpflichtung zur Zahlung von Kriegsschulden bestehe. Wenn sich in Lausanne herausstellen sollte, daß eine Einigung über die grundsätzlichen Fragen gegenwärtig nicht möglich sei, so würde es am besten sein, eine kurze Verlängerung des Reparationsmoratoriums zu beschließen und die feste Zusage aller Teilnehmer zu erreichen, daß sie während dieses Jahres wieder zusammenkommen wollten, um eine dauernde Lösung zu finden.

Die „New York Times“ sagen, daß man in amerikanischen Bankkreisen glaube, die Lausanner Konferenz werde sich darauf beschränken müssen, eine kurze vorläufige Regelung zu treffen. Es werde bezweifelt, daß Deutschland die Annahme einer solchen vorläufigen Regelung vermeiden könne. Wenn eine Einigung erzielt worden sei, werde der nächste Schritt der Gläubiger darin bestehen, Hoover zu fragen, was die Vereinigten Staaten nun zu tun gedächten. Man hoffe, daß die Vereinigten Staaten ein dem Reparationsmoratorium entsprechendes Schuldenmoratorium beschließen würden.

„Petit Parisien“ für Vertagung

BRN. Paris, 16. Jan. (Tel.) In einem offensichtlich inspirierten Artikel wirft „Petit Parisien“ die Frage auf, ob es nützlich sei, die Lausanner Konferenz überhaupt abzuhalten. Man halte es französischerseits für unmöglich, den deutschen Schuldner Reparationsnachlaß zu gewähren, ohne vorher von dem amerikanischen Gläubiger eine entsprechende Zusage erhalten zu haben. Obwohl sich in England eine gewisse Tendenz im Sinne der französischen These bemerkbar zu machen scheine, blieben die Meinungsverschiedenheiten außerordentlich groß. Die Zeit bis zum Konferenzbeginn sei so kurz, daß eine vorherige Verhandlung sich als unwahrscheinlich herausstelle. Auch der englische Wirtschaftsjachverständiger Keynes habe auseisandergesetzt, daß die Lage für eine endgültige Regelung auf der Lausanner Konferenz noch nicht reif sei. Es wäre vielleicht vorteilhaft, die Lausanner Konferenz zu vertagen und die Zeit bis zum 1. Juli dazu zu benutzen, um über das äußerst verwickelte Reparations- und Schuldenproblem ein Verständigungsterrain mit England zu suchen und zu finden. In interessierten französischen Kreisen scheine man diese Ansicht zu teilen.

des Schauspiels aufgegeben, in Würzburg die Oper und Operette abgebaut. Halle hat auf die große Oper verzichtet und die Spielzeit auf 9 Monate herabgesetzt; Augsburg ist zur 8monatigen Spielzeit übergegangen.

Das Personal der städtischen Theater und Orchester belief sich in allen deutschen Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern am Ende der Spielzeit 1929/30 auf rund 15 200 Köpfe, darunter befinden sich 2800 Aushilfekräfte. Die Gesamtzahl der ständig beschäftigten Personen hat gegenüber dem Vorjahr um 506 oder um 4 Proz. abgenommen, und zwar ist von einer geringfügigen Zunahme des Tanzpersonals abgesehen, bei sämtlichen Personalgruppen ein Rückgang zu verzeichnen, der beim technischen Personal mit 305, beim Orchester mit 113 und beim Singchor mit 90 Köpfen den größten Umfang erreicht. Im Gegensatz hierzu hat das aushilfeweise beschäftigte Personal eine Zunahme um 572 Köpfe erfahren.

Die Veranstaltungen der städtischen Theater und Orchester weisen mit alleiniger Ausnahme des Tanzes, der sich gehalten hat, ebenfalls eine Abnahme auf. Diese beträgt beim Schauspiel 496, bei der Oper 479, bei der Operette 225, bei den Konzerten 101, bei den Morgenfeiern, Luntentagen usw. 72. Während bei der Oper und Operette die Gastspiele des eigenen Ensembles die Veranstaltungen fremder Ensembles übertroffen haben, sind sie beim Schauspiel hinter diesen zurückgeblieben. Von je 100 Veranstaltungen des eigenen Ensembles am Orte selbst entfallen auf:

	Oper	Operette	Schauspiel
in den Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern	36,7	14,7	41,4
in den Städten mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern	21,6	19,0	35,0
in den Städten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern	15,8	22,6	48,7

(Schluß folgt.)

* Zur politischen Lage

Das neue Kabinett Laval

Laval hat sein neues Kabinett gebildet. Notwendig wurde die Umbildung durch den Rücktritt des Außenministers Briand und durch den plötzlichen Tod des Kriegsministers Maginot. Die Umbildung hat sich verhältnismäßig rasch in der Weise vollzogen, daß Laval Ministerpräsident bleibt und gleichzeitig das Außenministerium übernimmt, und daß Lardieu als Nachfolger Maginots ins Kriegsministerium einzieht. Ferner ist ein neuer Innenminister und ein neuer Landwirtschaftsminister ernannt worden. Alle übrigen Portefeuilles bleiben in denselben Händen.

Wie ist das neue Kabinett Laval politisch zu beurteilen? Sicherlich nicht in einem für Deutschland günstigen Sinn. Briand, der immerhin auf Grund seiner Erinnerungen an Locarno eine höfliche Tonart bezog, ist ausgeschickt worden, und Laval wird die Außenpolitik Frankreichs zweifellos ganz auf die Wahrung engster, „nationaler“ Interessen einstellen. Das Gewicht des Nationalismus im französischen Kabinett hat sich unter allen Umständen noch etwas verstärkt. Lardieu ist von demselben Kaliber wie Maginot, nur mit dem einen Unterschiede, daß er geistig noch beweglicher und bedeutender ist. Sein Einfluß im Kabinett wird sehr groß sein. Und vergessen wir nie, daß er einer der Väter des Young-Plans ist! Mandin ist Finanzminister geblieben. Auf ein Einlenken Frankreichs vor Lausanne ist also auch von dieser Seite her nicht zu rechnen.

Deutschland hat also von diesem neuen Kabinett Laval leider nicht viel Gutes zu erhoffen. Das ergibt sich unter anderem schon aus der Mitteilung, daß Frankreich die Lausanner Konferenz überhaupt nur dann besuchen werde, wenn vorher eine Einigung mit Deutschland und mit England zustandekommt. Nun, auch wir sind an dieser Einigung interessiert. Die deutsche Reichsregierung denkt nicht im mindesten daran, Frankreich durch irgend welche Schroffheiten zu brüskieren. Aber wie soll eine Einigung möglich sein, wenn Frankreich bei seinem für uns völlig un diskutablen Standpunkt beharrt?

Umjdwung in England?

Wir haben schon vorgestern an dieser Stelle auf die merkwürdige Tatsache hingewiesen, daß Herr Layton im gleichen Atemzuge die Streichung der Reparationen und die Annahme eines Plans verlangte, nach welchem Deutschland immer noch „etwas“ zu zahlen haben würde. Inzwischen hat auch der britische Wirtschaftsjachverständige, Keynes, einen Artikel veröffentlicht, in dem er das gleiche anregt und sich damit eines ähnlichen Widerspruches schuldig macht.

Noch schlimmer ist die Haltung eines Teils der konservativen Presse in London. Schon vor einigen Tagen wußte man, daß Frankreich versucht, England auf seine Seite herüberzuziehen, indem es den Engländern vor der deutschen Konkurrenz für den Fall einer Streichung der Reparationen Angst macht. Diese Propaganda scheint nicht ganz ohne Erfolg geblieben zu sein. Denn man kann jetzt in einzelnen konservativen Blättern lesen, daß England an der völligen Befreiung Deutschlands von der Reparationslast kein Interesse habe, da dann die deutsche Konkurrenz für Großbritannien doppelt spürbar werden würde. Und sonach empfehlen diese Blätter ein Arrangement mit Frankreich.

Es ist keine Freude, zu sehen, wie gewisse Leute in England immer wieder auf die französischen Intrigen hereinfallen. Die Angst vor der deutschen Konkurrenz war es, mit der man England für die Entente förderte, die Angst vor der deutschen Konkurrenz war es, die England an der Seite Frankreichs in den Weltkrieg trieb, dieser Angst hat das stolze Albion letztlich all das spätere Unheil, die Schuldenbelastung, den Rückgang seiner Wirtschaft, den Sturz seiner Währung und die Beeinträchtigung seiner Seegeltung zu verdanken, und doch hat man noch immer nichts gelernt!

Deutschland und Lausanne

Die deutsche Außenpolitik steht angesichts solcher Vorgänge vor überaus schwierigen, ja schier unlöslichen Aufgaben. Denn auch dann, wenn England nicht unfairen sollte, ist die Lage für uns ernst genug. Auch dann, wenn London uns vor der Konferenz und auf der Konferenz in einigermaßen vernünftiger Weise sekundiert, werden wir einen sehr schweren Stand haben.

Amerika wird an der Konferenz nur durch einen Beobachter teilnehmen, also sich in die Verhandlungen selbst nicht einmischen, fällt also von vornherein als zügelnder Faktor außer Betracht. Erfreulich ist und bleibt die Stellungnahme Italiens. In verschiedenen Reden und Artikeln hat Mussolini gerade in der letzten Zeit die Notwendigkeit einer Streichung der Reparationen betont und letztlich ganz offen davon gesprochen, daß einer solchen Streichung der Reparationen eine gemeinsame Aktion der europäischen Schuldner Amerikas folgen müsse, eine Aktion, die nichts anderes zu bedeuten hätte, als die Einstellung der Schuldenzahlung. Es wäre möglich, daß dieser italienische Vorschlag auf England und Frankreich so stark einwirkt, daß doch noch die von Paris gewünschte Einigung vor dem Zusammenritt der Konferenz in einer für Deutschland erträglichen Weise zustande kommt.

Deutsche Einmütigkeit

Das Scheitern des Planes, das Amt des Reichspräsidenten von Hindenburg durch Beschluß einer Zweidrittelmehrheit des Reichstags zu verlängern, ist gewiß außerordentlich zu beklagen und ein neuer Beweis dafür, wie groß die innerpolitischen Gegensätze bei uns in Deutschland sind. Dennoch hiesse es zu weit gehen, wenn man nun aus dem negativen Ergebnis der Aktion auf eine Schwächung unserer außenpolitischen Einheitsfront schließen wollte.

Auch in den Tagen der heftigen Auseinandersetzungen über jene Aktion konnte nicht das geringste Anzeichen dafür festgestellt werden, daß sich in der Einstellung der Parteien zum Reparationsproblem ein Wandel vollzogen habe. Nachwievor stehen alle deutschen Parteien — und diesmal sogar auch die Kommunisten — auf dem Standpunkt der Forderung, daß die Last der Reparationen endgültig von uns genommen werden muß. Und, wenn Reichskanzler Dr. Brüning diese Forderung in Louvaine selbst oder in den Vorberhandlungen mit aller Entschiedenheit vertritt, darf er sich darauf berufen, daß es in Deutschland keinen Menschen gibt, der diese Forderung nicht aus vollem Herzen unterschreibt.

Und das Ausland wird wohl kaum so töricht sein diese Tatsache in Zweifel zu ziehen. Man weiß drüben sicherlich nur zu gut, daß es innerpolitische Streitigkeiten waren, die eine einmütige Parlamentsaktion für den Reichspräsidenten verhinderten. Und die klugen Beobachter des Auslands werden genau so, wie wir selbst, aus Erörterungen und Auslassungen der letzten Tage durchaus nicht den Eindruck gewonnen haben, daß die auf parlamentarischem Wege nicht zu erledigende Kandidaturfrage immer noch offen bleibt, und daß auch heute noch sehr wohl die Möglichkeit besteht, daß eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes, garantiert durch die Zustimmung der größten Parteien und Verbände, Herrn von Hindenburg in regelrechtem Wahlgang von neuem zum Reichspräsidenten wählt.

Die „Note Fahne“ verboten. Die kommunistische Berliner „Note Fahne“ wurde bis zum 18. Januar einschließlich wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verboten. In der Begründung heißt es: Ein in der Ausgabe vom 15. Januar enthaltener Artikel mit der Überschrift: „Mord, Mord, Mordankstifter“ befaßt sich mit der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Die Ausführungen dieses Artikels sind geeignet, politische Zusammenstöße und Gewalttätigkeiten zwischen Angehörigen verschiedener Parteien herbeizuführen. Außerdem enthält der Artikel auch eine Beschimpfung eines leitenden Beamten des Staates.

Eine Heibelberger Münzsammlung. Der vor einigen Monaten in Heidelberg verstorbenen Geheimrat Dr. Paul Julius, Chemiker und Vorstandsmittglied der F. G. Farben-Industrie, hatte eine außerordentlich umfangreiche und wertvolle Münzsammlung hinterlassen, deren Wert man unter normalen Geldverhältnissen auf Hunderttausende veranschlagen konnte. Nahezu vier Jahrzehnte hatte Dr. Julius dem Aufbau und der Pflege dieser Sammlung gewidmet, und einer seiner vornehmsten Grundzüge war, das einmal Erworbenes in nie erlahmender Bemühung durch noch besser erhaltene Stücke zu ersetzen. Hand in Hand mit dieser wissenschaftlich gründlichen Art des Sammelns ging der Aufbau einer numismatischen Bibliothek, die schließlich einen Grad der Vollständigkeit erreichte, wie man ihn bei Privatsammlern nur ganz selten antreffen wird. Geheimrat Julius, Ehren doktor zweier technischer Hochschulen, hat in hochherziger sozialer Gesinnung den gesamten Erlös aus seiner Medaillensammlung für die Wohlfahrtsvereine der F. G. Farben bestimmt. Zuerst war eine stückweise Versteigerung der Sammlung geplant. Inzwischen hat aber die F. G. Farben-Industrie ein Angebot auf den Erwerb der ganzen Sammlung in einem Stück erhalten. Sie nahm dieses Angebot um so mehr an, als bei Versteigerungen bekanntlich immer ein Teil unverkauft zu bleiben pflegt.

Prof. Dr. Joellers 80. Geburtstag. Der bekannte Publizist Prof. Dr. Joeller in München, der sich als Mitglied der Redaktion der „Kölnischen Zeitung“ und als Wissenschaftler namentlich durch seine Forschungsreisen in Afrika das größte Ansehen erworben hat, konnte dieser Tage seinen 80. Geburtstag in körperlicher und geistiger Frische begehen. Dem Jubilar wurden zahlreiche Ehrungen zuteil.

Beilegung des Streites im Hessischen Landestheater. Vor dem Bühnenschiedsgericht in Darmstadt ist am Samstagabend ein Vergleich in der Angelegenheit des fruchtlos entlassenen Regisseurs Mordos geschlossen worden. Mordos gab hiernach eine Erklärung ab, wonach er sich nicht entfinnt, die im Laufe der Verhandlung von Zeugen bekundeten Beleidigungen hinsichtlich des Generalintendanten Hartung gemacht zu haben; sollte er sie aber trotzdem ohne Absicht in der Erregung getan haben, so nimmt er sie mit dem Ausdruck des tiefsten Bedauerns zurück. Nach dieser Erklärung bittet er um Auflösung seines Vertrages mit dem Hessischen Landestheater, die ihm auch gewährt wurde. Das Landestheater zahlt eine Entschädigung von 3500 RM. Der Vorsitzende des Schiedsgerichts sprach dem Generalintendanten Hartung gegenüber den persönlichen Wunsch aus, dem Kläger (Mordos) bis 1. April 1932 eine Gastintenerung zu gewähren, von welchem Wunsch Hartung Kenntnis nahm.

Die Durchführung der Notverordnung

Neue Schwierigkeiten um den Brotpreis

Nachdem die am 22. Dezember v. J. mit dem Zentralverband der Bäckereinnungen und den Brotfabriken vereinbarte Herabsetzung der Brotpreise jetzt im wesentlichen im ganzen Reich durchgeführt ist, macht sich neuerdings im Bäckergewerbe eine starke Unruhe wegen des Steigens der Roggenmehlpreise bemerkbar. Der Mehlpreis ist seit Anfang Januar um 1,65 RM, seit der Vereinbarung mit dem Preis-Kommissar sogar um 2 RM gestiegen. Diese Tatsache hat bereits zu einem Schritt des Zentralverbandes bei den zuständigen Stellen geführt. Der Reichskommissar Dr. Goerdeler hat daraufhin dem Zentralverband mitgeteilt, daß Verhandlungen mit dem Reichsernährungsministerium über die Frage des Mehlpreises stattfinden.

Es ist mit außerordentlichen Maßnahmen zunächst nicht zu rechnen, da sich im Augenblick wieder ein Nachlassen der Roggenmehlpreise bemerkbar macht. Auch die Versorgungslage für Roggen sei so, daß keinerlei Beschränkungen für ein Steigen der Preise gerechtfertigt wären. Ausdrücklich wird betont, daß unter diesen Umständen zu einer Erhöhung der Brotpreise im gegenwärtigen Augenblick kein Anlaß bestehe.

Um die Reichswasserstraßen-Verwaltung Einzelverhandlungen mit den Ländern

Ein Berliner Blatt teilt mit, im Reichsverkehrsministerium bestünde die bestimmte Vermutung, daß es schon in aller nächster Zeit zu einer Einigung in der Frage der Wasserstraßen-Verreichlichung mit den Ländern kommen werde. Dazu wird von unterrichteter bayerischer Seite erklärt, daß diese Nachricht zumindest den Tatsachen erheblich voraussetzt. Daß alle Länder bereit wären, ihre Zustimmung zur Verreichlichung der Verwaltung zu geben, ist kaum anzunehmen. Sicherlich hat sich an dem gemeinsamen Widerstand der Länder gegen die beabsichtigten Eingriffe des Reichsverkehrsministeriums in die Landeshoheitsrechte auf dem wichtigen Gebiet des Wasserrechts nichts geändert.

Es muß deshalb begehrt werden, ob die nunmehrigen Versuche, die Länder nacheinander und gesondert zur Zustimmung zu bewegen, von Erfolg begleitet sein werden. Der entscheidende Punkt ist und bleibt, daß die Verwirklichung der Pläne des Reichsverkehrsministeriums eine erhebliche Verstärkung und eine neuerliche Verwirrung der öffentlichen Verwaltung bedeuten wird.

Reichsminister Trebitsch beriet am Freitag mit dem sächsischen Ministerpräsidenten und dem Finanzminister über die künftige Gestaltung der Reichswasserstraßen-Verwaltung, wie aus Dresden gemeldet wird.

Kündigung verheirateter weiblicher Beamter

W.B. Berlin, 18. Jan. (Priv.-Tel.) Der Reichspostminister hat die folgende Verfügung erlassen: „Wenn in Fällen, in denen verheirateten weiblichen Beamten das Dienstverhältnis gekündigt worden ist, sich im Laufe der Kündigungsfrist herausstellt, daß die wirtschaftliche Versorgung nicht mehr gesichert erscheint, so ist die Kündigung zurückzunehmen. Es entspricht nicht der Absicht des Reichspostministeriums, daß die Kündigung in der Schwebe gelassen und die Beamtin über den Ablauf der Kündigungsfrist hinaus auf Widerruf befristet wird. Gegebenenfalls würde die Kündigung später von neuem auszusprechen sein.“

Lansbury für Streichung der Reparationen

W.B. London, 16. Jan. (Tel.) Lansbury, der Führer der Arbeiteropposition im Unterhaus, wandte sich gestern in scharfen Worten gegen die Beibehaltung der Reparationen. Der Regierung muß gesagt werden, so bemerkte er, daß diese Reparationsangelegenheit ein Ende haben soll. Wir müssen Amerika sagen, daß wir weder Schulden ansammeln noch zahlen wollen. Die Welt weiß, daß die Zeit der Reparationen vorüber ist. Man kann nicht versuchen, die deutsche Nation zu ruinieren, ohne gleichzeitig sich selbst zu ruinieren.

Die Kirchen und die Weltwirtschaftskrise

W.B. Berlin, 16. Jan. (Tel.) Die drei Präsidenten des Ökumenischen Rates für praktisches Christentum, den die evangelischen, die anglikanische Kirche und die orthodoxen Kirchen der ganzen Welt vereinigt, erlassen in einem Aufruf zur Weltwirtschaftskrise. Es wird darin der großen Sorge Ausdruck gegeben über den allgemeinen Niedergang des wirtschaftlichen Lebens, dem sich immer mehr verschärfender Kampf breiter Massen um das tägliche Brot und das Herabfallen ganzer Völker von mühsam erreichten Höhen ihrer Lebenshaltung.

Japans Antwort an Amerika

W.B. Tokio, 16. Jan. (Tel.) Die Antwort Japans an die Note der Vereinigten Staaten über die Anwendung des Kennzeichensabkommens auf die Lage in der Mandchurie wurde heute vormittag dem amerikanischen Botschafter übergeben. Japan bekennt sich darin erneut zur Politik der offenen Tür in der Mandchurie und bedauert, daß es durch die in ganz China herrschende Desorganisation in Mitleidenschaft gezogen worden sei.

Briand, dem der deutsche Botschafter gestern einen Abschiedsbesuch abstatte, will heute Paris verlassen und sich auf seinen Landsitz Cogehel zurückziehen. Reichskanzler Brüning hat Briand zu seinem Ausscheiden aus dem Außenministerium in einem Telegramm die besten Wünsche für seine baldige Wiederherstellung ausgesprochen, auf die Briand in freundlicher Weise erwiderte.

Henderson befindet sich auf dem Wege der Genesung.

Eine Rechtsorganisation in Spanien. Der ehemalige Innenminister Maura richtete einen Aufruf an die konservativen Klassen des Landes und forderte diese auf, sich zu einer starken Partei zusammenzuschließen, deren Aufgabe es sein würde, die Regierung zu übernehmen. Das gegenwärtige Kabinett werde sich nicht mehr lange halten können. Die neue Partei Mauras soll eine Partei der offenen Opposition werden. In bezug auf die religiöse Frage tritt Maura für das Konkordat ein. — Kürzlich wurden wegen monarchistischer Illirische vier spanische Kavallerieoffiziere verurteilt. Sie sind nach den Kanarischen Inseln verbannt worden.

Der erste weibliche Senator in Amerika. Zum erstenmal ist eine Frau in den amerikanischen Senat gewählt worden. Bei einer Nachwahl in Little Rock (Arkansas) wurde Frau Caraway (Demokratin) als Nachfolger ihres verstorbenen Mannes gewählt.

Hosijawa wurde bei seiner Ankunft in Tokio offiziell als Außenminister eingeführt.

Frau Gaudin ist zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden.

Schulgesundheitspflege erspart Süßholzgelasten

Von Dr. Walter Freimann

Die rücksichtslose Sparpolitik, die in den nächsten Monaten in allen Gemeinden wird einsetzen müssen, darf keinesfalls etwa alle Gebiete der kommunalen Verwaltung gleichmäßig ergreifen. Sie muß vielmehr systematisch auf diejenigen Gebiete der kommunalen Tätigkeit konzentriert werden, in denen eine Einschränkung der Ausgaben und der Ausgaben keinen dauernden Schaden anrichtet. Es gibt solche Gebiete, und darum ist es möglich, Einrichtungen, die für die Zukunft der Bevölkerung bedeutsam sind, auch in der Notzeit, natürlich mit den unumgänglichen Einschränkungen, zu erhalten.

Die Schulgesundheitspflege gehört ganz zweifellos zu denjenigen Teilen der kommunalen Tätigkeit, die lebenswichtig sind, und die deshalb nicht übermäßig abgebaut werden dürfen, wenn nicht die künftige Generation schweren Schäden erleiden und damit zugleich neue Belastungen im Fürsorgewesen verursacht werden sollen. Hygienische Schulräume, moderne Heizungs-, Lüftungs- und Beleuchtungseinrichtungen, Schulbäder, das alles sind Dinge, die unentbehrlich geworden sind, und schulärztliche Betreuung der Jugend, Turn- und Spielplätze, deren Beseitigung oder Abbau nur scheinbar Ersparnisse ermöglichen, in Wirklichkeit und auf die Länge der Zeit aber die sozialen Lasten der Gemeinde in fühlbarer Weise erhöhen würde.

Es ist nötig, hierauf so frühzeitig wie möglich hinzuweisen, weil in vielen Gemeinden auch Ersparnisse in der Schulgesundheitspflege geplant werden. Man wird nun, keineswegs fordern dürfen, daß dieses Gebiet der kommunalen Fürsorge überhaupt nicht von der Sparpolitik erfaßt werden dürfe. Das ist leider bei der heutigen Not der Gemeinden nicht möglich. Aber diese Ersparnisse dürfen keinesfalls durch eine Verminderung der hygienischen Wirksamkeit der Schulgesundheitspflege, also nicht durch einen Abbau ihrer Leistungen erreicht werden. Man kann versuchen, durch bessere Organisation, Vereinfachung der Verwaltung u. a. gleiche Leistungen mit geringeren Mitteln zu erzielen. Aber man darf wichtige Errungenschaften der Schulgesundheitspflege nicht opfern, wenn man dem Staat oder der Gemeinde nicht später Mehraufwendungen dauernder Art verursachen will. Ohne eine sorgsame und häufige schulärztliche Überwachung der Kinder werden ansteckende Krankheiten, Rückenverkrümmungen, Kurzsichtigkeit, Zahnfäulnis und andere Übel, die man in den letzten Jahren erfolgreich bekämpft hat, wieder zunehmen, und man wird in nicht allzu ferner Zukunft die Krankenhäuser, die Krüppelheime, die Tuberkulosefürsorgeanstalten usw. füllen, anstatt sie durch rechtzeitige Vorbeugungsmaßnahmen zu leeren.

Vorbeugende Gesundheitspflege soll, wenn sie richtig betrieben wird, die Gemeinden nicht belasten, sondern ihnen vielmehr dauernde Aufwendungen für die offene und Schulärztliche Überwachung der Kinder (einschließlich der zahnärztlichen Fürsorge) eingespart werden. Ihre Wirksamkeit und ihre Erfolge müßten schon leiden, wenn etwa die Zahl der Kinder, die der einzelne Schularzt zu überwachen hat, aus Sparanleiensgründen allzusehr erhöht werden würde. Unentbehrlich ist zum Beispiel die sorgfältige, möglichst individuelle Untersuchung aller Schulanfänger unter genauer Berücksichtigung über die bisherige gesundheitliche Entwicklung. Aber auch regelmäßige Spezialuntersuchungen, zum Beispiel der Augen und Ohren der Kinder, durch den Schularzt, ferner eine regelmäßige zahnärztliche Untersuchung müssen als unumgänglich notwendig angesehen werden. Massenuntersuchungen werden vielfach ihren sozialhygienischen Zweck nicht erfüllen. Je sorgfältiger sich der Schularzt mit jedem hilfsbedürftigen Kinde befaßt, desto eher wird er imstande sein, künftigen Schädigungen, durch die das fröhliche Kind später vielleicht dauernd der öffentlichen Fürsorge anheimfallen kann, zu verhindern.

Wie überall, so ist es auch in der Schulgesundheitspflege möglich, größtmögliche Sparsamkeit mit größtmöglicher Leistung zu vereinen. Das wird besonders dann gelingen, wenn die Schule nach Feststellung einer gesundheitlichen Gefährdung eines Kindes sofort ihren Einfluß auf die Eltern geltend macht und deren Selbstverantwortungsgefühl gegenüber dem Kinde zu wecken vertritt. Auch dabei wird man freilich nicht ganz ohne materielle Hilfsmaßnahmen auskommen können. Aber in sehr vielen Fällen werden sogar minderbemittelte Eltern selbst große Opfer bringen, um festgestellte oder drohende gesundheitliche Schädigungen ihrer Kinder zu beseitigen bzw. zu beseitigen. Aber die Schule muß die Eltern hierzu anleiten und anregen. Das kann sie freilich nur dann, wenn sie selbst nicht auf eine planmäßige, sorgfältige, vorbeugende Schulgesundheitspflege Verzicht leistet. Eine frühzeitige Erkennung von Krankheiten und Gefahren ermöglicht oft leichte Heilung und erspart dadurch spätere erheblich größere Kosten, die doch heute in der Mehrzahl der Fälle gleichfalls von der kommunalen Fürsorge getragen werden müssen. Richtige Sparsamkeit erfordert daher nicht Abbau, sondern Ausbau der Schulgesundheitspflege. Sie frühzeitiger sie einsetzt, je sorgfältiger sie das einzelne Schullind bewacht und betreut, desto mehr wird sie zu einer Entlastung der kommunalen Dauerfürsorge führen und dadurch auch vom finanziellen Gesichtspunkt der Kommune aus kostensparend wirken.

Kurze Nachrichten

Das Reichskabinett beschäftigt sich am Freitag mit der bevorstehenden Abrüstungskonferenz in Genf. Über die Vorarbeiten erstattete Botschafter Radoloff Bericht. Die Beratungen über die bevorstehende Lausanner Konferenz gehen gleichfalls weiter. Es wird deutscherseits erklärt, daß angesichts der im Baseler Gutachten festgestellten „Gefahr im Verzuge“ eine Verschiebung der Konferenz nicht stattfinden darf und der angelegte Termin unbedingt eingehalten werden müsse.

Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie wählte in seiner jüngsten Sitzung an Stelle des in den Senat übertretenden Abt. Fromm, Kommerzienrat Dr. Dr. Carl Bosch, Heidelberg zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Zum Vorsitzenden des Reichswasserstraßenbeirats wurde vom Reichspräsidenten der Staatssekretär des Reichsverkehrsministeriums, Königs, ernannt.

Württembergische Landtagswahl am 8. Mai? Die württembergischen Landtagswahlen finden, wie die Stuttgarter „Schwab. Tagblatt“ erfahren haben will, voraussichtlich am 8. Mai 1932 statt. Am gleichen Tag sollen auch die Landtagswahlen in Preußen und in Anhalt stattfinden.

Ein Anschlag auf den österreichischen Innenminister. Die Wiener Polizei hat einen geplanten Anschlag auf den Innenminister Winkler aufgeklärt. Drei Personen wurden bisher verhaftet.

Beginn des Prozesses Stennes-Hitler

EM. Berlin, 16. Jan. (Priv.-Tel.) Die Verhandlung in dem Prozeß des früheren nationalsozialistischen Sturmführers Stennes gegen Adolf Hitler und die Redaktion des „Angriff“ wegen Verleumdung begann in Moabit. Hitler wurde von der Menge vor dem Gebäude mit „Heil Hitler!“-Rufen begrüßt. Er dankte mit dem Faschistengruß. Die Kartentrolle wurde mit äußerster Strenge gehandhabt. Nach Öffnung der Türen spielten sich häßliche Szenen ab.

Nach Eröffnung der Verhandlung strebte Amtsgerichtsrat Bues einen Vergleich an. Rechtsanwalt Dr. Frank I, der Anwalt Hitlers, erklärte: Wir sind absolute Anhänger der Gesetzmäßigkeit in der Politik, besonders aber der Gesetzmäßigkeit im Gerichtssaal. Diese Gesetzmäßigkeit erfordert die Prüfung, ob der Vorwurf, den die Gegenseite fortgesetzt erhebt, zutrifft oder nicht. Jede Art von Vergleich würde den Anschein erwecken, als ob Adolf Hitler sich irgendeiner strafbaren Verleumdung schuldig gemacht habe. Der betreffende Artikel ist aber ohne Mitwirkung Adolf Hitlers zustande gekommen, so daß, rein rechtlich gesehen, die Verantwortung die verantwortliche Schriftleitung trifft. Der Verteidiger des Privatklägers Stennes, Rechtsanwalt Beder, betonte, es erübrige sich eigentlich, zu der Frage einer Vergleichsmöglichkeit Stellung zu nehmen. Er habe immer den Eindruck gehabt, daß es der Gegenseite darauf ankomme, die Verhandlungen zu verschleppen. Darum sei der Privatkläger Stennes nicht geneigt, sich heute zu vergleichen. Es wurde dann der betreffende Artikel, „Der Reuterer entlarvt“, der die Unterschrift trägt: „Stennes, ein Mitarbeiter Grzesinski“, verlesen.

Aus dem Elzarek- und Jagag-Prozess

Am Elzarek-Prozess in Berlin forderte am Freitag Rechtsanwalt Bindar den Stadtdirektor Hoffmann in Berlin auf, endlich einmal die Wahrheit zu sagen, damit die Hintergründe klar würden, durch die die Elzarek-Kredite ermöglicht worden seien. Hoffmann erwiderte, er könne keine anderen Hintergründe nennen, als die eigenartige Stellung des Stadtdirektors Rosenthal. Rosenthal und Stadtkämmerer Dr. Range seien intime Freunde gewesen. Rosenthal sei beim Magistrat für die Elzarek eingetreten, weil er ein gutes Geschäft mit dem Gebrüder Elzarek machte. Ein Sachverständiger habe ihm einmal erzählt, daß Rosenthal bei den Elzareks einen jährlichen Umsatz von 300 000 Mark hatte. An eingeweihten Kreisen sei Rosenthal als der ungetriebene König der Stadt Berlin bezeichnet worden. Stadtdirektor Schmidt sagte aus, daß im Hause Rosenthal die Politik der Stadt Berlin gemacht worden sei. Rechtsanwalt Glogauer stellte fest, daß die Auskünfte, die Rosenthal über die Elzareks gegeben hätte, als grob fahrlässig bezeichnet werden müßten.

Am Donnerstag wurde im Jagag-Prozess in Frankfurt den Beweisanzüchtern des Verteidigers Dr. Kuffert stattgegeben. Durch sie will nachgewiesen werden, daß die Schuld am Zusammenbruch der Jagag bei dem großen deutschen Verfallungsanliegen der Allianz gelegen habe. Schon im Herbst 1928 sei von der Allianz versucht worden, sich den Jagag-Konzern anzugliedern. Dieser Versuch sei ebenso wie ein späterer, bei dem auch der frühere Thüringische Staatsbankpräsident mitwirkte, gescheitert. Darauf hatte sich die Allianz an Direktor Bodenheimer gewandt, der die Einziehung eines Prüfungsausschusses angeregt habe. Obwohl der Ausschuss für Vertraulichkeit verpflichtet gewesen sei, habe er jedoch alles Ungünstige weiter erzählt und so alle Sanierungspläne vernichtet.

Der Erste Staatsanwalt erklärte zur Annahme der Beweisanzüchtern, daß die in ihnen aufgestellten Behauptungen in der Voruntersuchung bereits eingehend geprüft worden seien. Damals sei die Behauptung über die Allianz bereits von dem angeklagten Beder aufgestellt worden. Die Beweishebung habe jedoch eine völlige Haltlosigkeit ergeben. Trotzdem mache die Staatsanwaltschaft keinerlei Einwände gegen die Erhebung der angebotenen Beweise geltend, zumal auch die Öffentlichkeit ein hohes Interesse an der Erörterung der Beweisfrage habe.

Prozess gegen „Ludendorffs Volkswarte“

Vor dem Schwurgericht in München wird am 18. Januar ein Prozeß gegen den verantwortlichen Schriftleiter, Karl von Luchow von „Ludendorffs Volkswarte“ und den Rechtsanwalt Robert Schneider aus Karlsruhe stattfinden. Gegen die Angeklagten ist das Hauptverfahren wegen eines von Rechtsanwalt Schneider abgefassten Berichts über Vorträge des ehemaligen katholischen Geistlichen, Rechtsanwalt Konstantin Wieland aus Ulm, eröffnet worden. In diesem in Folge vom 28. Februar 1931 veröffentlichten Bericht findet sich der Satz: „Ohrenbeichte und Krieftextum sind menschliche Erfindungen, um die durch den Höllensturz verängstigten Menschen zu beherrschen und auszubeuten.“ In diesem Satz hat die Staatsanwaltschaft den Tatbestand der Beschimpfung von Einrichtungen der katholischen Kirche erblickt und deshalb die öffentliche Klage wegen Religionsverächtern erhoben.

Kleine Chronik

Die Berliner Falschgeldzentrale verhaftete gestern den Rechtsanwaltskanzler Dr. Salaban und seine Frau, die über 30 000 Falschgeldstücke hergestellt und in Verkehr gebracht haben. Dr. Salaban hat sich als Autor zahlreicher juristischer Werke einen Namen gemacht.

In Schwarzenbach bei Birkenfeld stieß man bei Ausschachtungsarbeiten auf eine starke petroleumhaltige Kieschicht. Eine deutsch-holländische Gesellschaft soll etwa 200 Morgen Boden erworben haben, auf dem drei Bohrürme errichtet werden sollen.

Wie verlautet, begiffen sich die Kosten des im vorigen Jahre vor dem Schöffengericht Frankfurt verhandelten Betrugsprozesses gegen die beiden Inhaber der Wein- und Spirituosenhandlung Max Weil auf annähernd 100 000 Mark. Der von der Staatskasse geforderte Ersatz aus der Konkursmasse wird vom Konkursverwalter abgelehnt, so daß der Staat jetzt den Klagenweg beschreiten muß. Die Verteidigerhonorare sind in der genannten Summe nicht enthalten.

44 Kisten und Koffer, die die wegen Ermordung Erzbergers nach Ungarn geflüchteten Förster-Schulze und Illissen in Budapest in Verwahrung gegeben hatten, wurden jetzt verfeigert, da die Lagergebühren nicht bezahlt worden waren. Eine der Kisten war vollgestopft mit Milliardenbanknoten aus der Inflationszeit. Irigendwelche auffällige Papiere wurden nicht gefunden. Der Inhalt wurde von einem Transportunternehmen um 400 Pfund erworben.

Der Deich am Lake Grassly und dem Tallahatchiefluß (im Nordmississippigebiet) ist infolge des Hochwassers gebrochen. Das Wasser drang in ungefähr tausend Häuser ein. Man befürchtet, daß viele Personen ertränkt und das Rote Kreuz glaubt, daß 30 000 Personen obdachlos sind. Die meisten Familien suchten die Nacht auf den Dächern verbringen.

Treviranus beim Deutschen Bäderverband

Lernt Deutschland kennen!

Der Allgemeine Deutsche Bäderverband hatte im Anschluß an seine Tagung in Berlin u. a. Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden zu einer zwanglosen Aussprache ins Haus der deutschen Presse geladen.

Reichsverkehrsminister Treviranus führte dabei u. a. aus: Der Fremdenverkehr ist am besten geeignet, die Einheit der deutschen Stämme zu fördern. Wir können aber nicht verlangen, daß Deutschland als Fremdenverkehrsland in steigendem Maße Aufmerksamkeit erregt, wenn wir selbst die Werte unserer Heimat nicht zu schätzen wissen und uns zwar aufordern, in Deutschland zu reisen, aber auf die Frage „Warum reist Ihr in Deutschland?“ keine Antwort zu geben haben. Es kann gerade in der heutigen Zeit dem deutschen Volk nicht oft genug gesagt werden: „Lernt Deutschland kennen!“

Badischer Teil

Strompreissenkung beim Badentwerk

Es wird uns mitgeteilt:

Trotzdem die vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 keine nennenswerte Senkung der Selbstkosten des Badenwerks zeitigt, nämlich weil seine Stromabgabe auf Wasserkraft beruht und die Zinsermäßigung für seine Auslandsanleihen nicht eintritt, hat sich das Badenwerk eine Strompreiserhöhung entschlossen. Bestimmend hierfür war die Erwartung einer nicht zu fernem Verbilligung seiner Selbstkosten durch eine Konsumminderung (auch infolge einer Senkung bzw. zeitgemäßen Umgestaltung der Werttarife seiner Wiederverkäufer), sowie durch eine Minderung der steuerlichen Belastung. Ingesamt wird der Einnahmefall auf Grund der durch die vierte Notverordnung veranlassenen Preisentwertung bei der Lieferung an seine Groß- und Kleinabnehmer 664 000 Mark betragen. (Die vom Badenwerk erteilte Erklärung der ersten Notverordnung vom 1. Dezember 1930 freiwillig, ohne wesentliche Folgen für die durchgeführte Preisentwertung, hatte bereits einen Einnahmefall von 700 000 Mark zur Folge.)

Bei den Großabnehmern richtet sich der Strompreis nach dem jeweiligen Kohlenpreis, d. h. die ab 1. Januar d. J. angeordnete Kohlenpreissenkung bewirkt eine angemessene Ermäßigung des Strompreises. Bei den Kleinabnehmertarifen sollen alsbald nach Erledigung der in der Stromerzeugung erforderlichen Umstellungsarbeiten spätestens mit Wirkung ab 1. März d. J. folgende Änderungen eingeführt werden:

Haushaltstarif: Senkung der I. Staffel von 30 auf 27 Rpf je Kilowattstunde, der II. Staffel von 12 auf 10 Rpf je Kilowattstunde, Nachtstrom: Senkung von 12 auf 10 Rpf in der Zeit von Anfang November bis Ende März bzw. von 10 auf 8 Rpf von Anfang März bis Ende Oktober auf 8 Rpf. Lichtstromtarif: bisher mit 50 Rpf beginnend künftig mit 45 Rpf. Kraftverbraucher mit bis 100 Jahresbenützungsstunden und Motoren bis 2 PS: bisher Mindestzahlung 1,80 Mark bzw. 3 Mark künftig 1,20 Mark bzw. 2 Mark zusätzlich einem Arbeitspreis von 10 Rpf je Kilowattstunde. Kraftverbraucher mit bis 100 Jahresbenützungsstunden und Motoren über 2 PS: bisher Mindestabnahme 6,80 Mark bzw. 8,10 bzw. 9,90 künftig Leistungspreis 4 Mark bzw. 5,20 bzw. 6,40 zusätzlich einem Arbeitspreis von 10 Rpf. Kraftverbraucher mit über 100 Jahresbenützungsstunden: bisher 22 Rpf künftig 20 Rpf je Kilowattstunde. Nachtstromtarif: bisher 12 Rpf künftig 10 Rpf je Kilowattstunde. Straßenbeleuchtung: der bisherige Arbeitspreis von 30 Rpf wird künftig im Winterhalbjahr 24, im Sommerhalbjahr 12 Rpf betragen.

Die Strompreiserhöhungen auf Grund der Notverordnungen entsprechend einem Einnahmefall von 1 364 000 Mark gehen weit über die Ersparnisse hinaus, die durch die Notverordnungen entstehen.

Zur Einstellung von Polizeianwärtern in die Badische Polizei

ist noch von den Bedingungen Notiz zu nehmen, welche bei der Aufnahme maßgebend sind:

Der Bewerber darf am 1. September des Jahres, an welchem er in die Polizeischule aufgenommen wird oder aufgenommen werden könnte, das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Er muß mindestens 1,70 Meter groß sein; zugleich hat er eine genaue ärztliche Untersuchung über sich ergehen zu lassen. Die Einwilligung des Vaters ist, da der Bewerber noch nicht mündig ist, mit dem Gesuch vorzulegen. Beizufügen ist ein Zeugnis über den Schulabgang und ein selbstgeschriebener Lebenslauf. Ein Lebenslauf besonders hervorzuheben. Die Bewerbungen müssen handschriftlich und ohne fremde Hilfe vom Bewerber angefertigt sein. Die Bewerber müssen fehlerfrei schreiben können; sie werden auch im Lesen geprüft. Die ausgewählten und geeignet erscheinenden Leute werden zu einer Prüfung nach Karlsruhe bestellt. Sie erteilt sich auf Anfertigung eines Diktates, eines kurzen Aufsatzes, einer Prüfung in den Grundrechnungsarten mit sechsstelligen Zahlen und auf eine Prüfung über die Allgemeinheiten des Einberufens. Danach werden die geeigneten Leute bestimmt und zur Einstellung gebracht.

Gefuche um Aufnahme in die Polizeischule werden zweckmäßigerweise im Monat Januar an die Polizeischule gerichtet. Außerhalb dieser Zeit sind Meldungen zwecklos. Meldungen sind zu richten an die Badische Polizei- und Gendarmeriedirektion in Karlsruhe, Postfach 10.

Weitere Maßnahmen

gegen Waffenmißbrauch

Der Minister des Innern erläßt im Bod. Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 5) eine zweite Verordnung zur Ausführung der Maßnahmen gegen Waffenmißbrauch. Danach werden die im Freistaat Baden befindlichen „Original-Mausler-Schnellfeuerpistolen, Kaliber 7,63 Millimeter“ nebst zugehöriger Munition bis auf weiteres in polizeiliche Verwahrung genommen. Sie sind bei schon vorhandenem Besitz binnen einer Woche, bei späterem Besitz binnen dreier Tage von dem Besitzer an das örtlich zuständige Bezirksamt (Polizeidirektion) abzuliefern. Von der Pflicht zur Ablieferung sind nur Behörden und Personen, die kraft Gesetzes oder Verleihung zum Besitze einer Waffe berechtigt sind, ausgenommen. Weitere Befreiungen finden nicht statt. Diese Verordnung trat am 14. Januar in Kraft.

Die Anwendung der Haushaltsnotverordnung auf die Polizeibeamten

Das Staatsministerium erklärt in einer Bekanntmachung (Bad. Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 5) Bestimmungen über die Anwendbarkeit der Haushaltsnotverordnung auf die Beamten des staatlichen Sicherheitsdienstes. Danach werden diese Beamten nicht in die befristete Aufstellungs- und Zulagenperze einbezogen. Dagegen sollen auch sie unter die Pensionsfürsorge von 80 auf 75 Proz. Anberührt bleiben, sie aber von der in der letzten badischen Notverordnung ausgesprochenen nachträglichen Bezahlgung der Dienstbezüge der Beamten

Neckarkanal und Völkerbund

Der Süddeutsche Kanalverein in Stuttgart erhielt vom Mitteleuropäischen Binnenschiffahrtsverband, der im vorigen Jahre in Stuttgart tagte, eine Mitteilung über Anregungen der Verkehrsabteilung des Völkerbundes, die die Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit besonders empfiehlt und die Annahme entsprechender Projekte beim Generalsekretär des Völkerbundes vorschlägt. Der Süddeutsche Kanalverein hat daraufhin an das württembergische Wirtschaftsministerium als zuständige Stelle eine dringliche Eingabe gerichtet mit der Bitte, unverzüglich die regierungsseitige Anmeldung des Neckarkanalprojektes von Heilbronn bis Plochingen beim Generalsekretär des Völkerbundes zu beantragen. Die geforderten Einzelvorschläge wurden dem württembergischen Wirtschaftsministerium von der Redar AG. vorgelegt.

Aus diesen Unterlagen ergibt sich, daß der Ausbau der Strecke von Heilbronn bis Plochingen ohne die bereits bestehenden Bauwerke mit ungefähr 100 Millionen Reichsmark veranschlagt ist und daß im Falle der Ausführung erspart werden können: a) durch Wegfall an Arbeitslosenunterstützungen 20,4 Millionen Reichsmark, b) durch Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern 17,02 Mill. Reichsmark, woraus sich eine Gesamtentlastung der öffentlichen Hand in Höhe von 37,06 Mill. Reichsmark ergibt. Das württembergische Staatsministerium hat die Eingabe des Kanalvereins unter wärmster Befürwortung sogleich an die zuständigen Reichsstellen weitergeleitet. Es ist anzunehmen, so schreibt die Zeitschrift des Süddeutschen Kanalvereins, daß auch diese sich den hier besonders günstig liegenden Verhältnissen nicht verschließen und die Neckarkanalstrecke Heilbronn-Plochingen dem Generalsekretär des Völkerbundes vorlegen werden als ein Projekt, das in erster Linie für die sofortige Durchführung in Frage kommt, wenn es dem Völkerbund gelingt, die für seine Finanzierung notwendigen Mittel in irgendeiner Weise zu beschaffen.

Das Rembier Kraftwerk

Der französischen Kammer ist ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der die Ausnutzung des Wasserkraftwerks von Rembier sowie den Bau eines Seitenkanals vom Rhein zwischen Rembier und Strazburg zum Gegenstand hat. Die Arbeiten sollen etappenweise ausgeführt werden. Für jeden Abschnitt wird die Soc. Regionale d'Etudes du Rhin eine besondere Kongession unter der Voraussetzung erhalten, daß sie eine besondere Gesellschaft gründet, zur Ausführung der Arbeiten und zum Betrieb des Seitenkanals. Der Staat wird der Gesellschaft für jeden Abschnitt eine Subvention von 150 Mill. Franken in fünf Jahresraten erteilen. Als Gegenleistung soll der Staat eine 20prozentige Beteiligung am Aktienkapital der zu gründenden Gesellschaft erhalten.

Die Arbeiten sollen Ende 1933 beendet sein. Der für die Schifffahrt wichtigste Teil des Wertes, die Ableitung des Rheins durch den Rheinseitenkanal wird schon im Frühjahr — man rechnet mit dem Mai — seiner Bestimmung übergeben. Die Länge des Kanals beträgt etwa 5 Kilometer, die Maximalliefe 12 Meter. Die Erbauung der beiden Schleusen für die Schifffahrt hat man ebenfalls beschleunigt, damit sie bei der Eröffnung des Rheinseitenkanals soweit fertig sind. Die beiden Schleusen haben eine Länge von 100 und 185 Meter bei einer Nutbreite von je 25 Metern. Das eigentliche Kraftwerk ist gegenüber den anderen Arbeiten noch etwas zurück, jedoch kann demnächst mit dem Einsetzen der ersten Turbine begonnen werden.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Antlich)

	16. Januar		15. Januar	
	Seit	Wrie	Seit	Wrie
Amsterdam 100 G.	169,18	169,52	168,98	169,32
Kopenhagen 100 Kr.	80,82	80,78	80,72	80,68
Italien 100 L.	21,18	21,22	21,28	21,32
London 1 Pf.	14,63	14,67	14,69	14,73
New York 1 D.	4,209	4,217	4,209	4,217
Paris 100 Fr.	16,53	16,57	16,49	16,53
Schweiz 100 Fr.	82,12	82,28	81,92	82,08
Wien 100 Schilling	49,95	50,05	49,95	50,05
Bra. 100 Kr.	12,465	12,485	12,465	12,485

Keine Devaluationspläne. In der Presse tauchen wieder Gerüchte auf über eine von der Reichsregierung beabsichtigte Devaluation durch Herabsetzung der Zahlungsmittel. Von unrichtiger Berliner Seite erfahren wir hierzu, daß derartige Pläne von keiner verantwortlichen Stelle auch nur erwogen worden sind. Die öffentliche Erörterung der an sich ganz unmöglichen Gerüchte ist nur dazu geeignet, eine schädliche Wirkung herbeizuführen.

Flüssliche Befestigung des englischen Pfundes. Das englische Pfund, das bereits am Donnerstag eine demerksenswerte feste Haltung gezeigt hatte, konnte sich am Freitag weiter den flüchtigen Devisen gegenüber befestigen. Gegen den Dollar zog es bis auf 3,50 an, stellte sich also um neun Dollarcentis höher als Donnerstag morgen und um zirka 27 Cents höher als der niedrigste Kurs vom 7. Dezember. Es sollen französische Kreise in stärkerer Maße als Käufer von Pfunden aufgetreten sein, und eine Befestigung hierfür ist die schwache Haltung des französischen Franken dem Pfunde gegenüber mit 89,06. Ein weiterer Faktor sind die fortgesetzten Goldzufuhren aus Indien, mit denen man auch noch für die nächste Zeit rechnet, und die Beibehaltung des englischen Diskontsatzes.

Braunereigesellschaft vom. S. Moninger, Karlsruhe. In der am heutigen Samstag abgehaltenen Generalversammlung wurden die Vorschläge der Verwaltung für die Gewinnverteilung einstimmig genehmigt. Demzufolge wird der Gewinn in Höhe von 418 851,71 Mark wie folgt verwendet: Abschreibungen 244 971,50 Mark, 6 Proz. Dividende aus 5000 Mark Vorzugsaktien = 300 Mark, 5 Proz. Dividende aus 3 400 000 Mark Stammaktien = 170 000 Mark, so daß 358,021 Mark verbleiben, die mit dem Vortrag 1929/30 von 61 217,25 Mark mit insgesamt 419 238,27 Mark auf neue Rechnung vorgetragen werden. Kommerzienrat Karl Moninger wurde einstimmig dem Aufsichtsrat zugewählt.

Reichsbahn senkt Kistenkohlentarife. Die Reichsbahn führt vom 16. Januar an auch eine Ermäßigung der Frachttarife der Kistenkohle durch. Die Kistenkohlentarife finden Anwendung bei Versendung von Kohle aus inländischen Kohlenrevieren nach deutschen Küstengebieten und sollen die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Kohle gegen die englische Kohle im Jag. bestrittenen Gebiet stärken.

Das mitteldeutsche Braunkohlenyndikat erneuert. Der Reichskohlenrat hat den neuen Vertrag des mitteldeutschen Braunkohlenyndikats genehmigt. Die Laufzeit des neuen Syndikatsvertrags beträgt 5 Jahre. Zwischen der noch außerhalb des Syndikats stehenden Deutschen Erdöl-AG. und dem Syndikat werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Einigung im deutsch-französischen Wirtschaftsausschuss für die Holzindustrie. Der französische Produktionsverband teilt mit: Das Sachverständigenkomitee des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses für die Holzindustrie hat seine Arbeiten beendet. Die Pariser Sitzungen standen unter dem Vorzeichen des französischen Delegierten Barbier. Nach längeren Beratungen und unter beiderseitigen Vorbehalten wurde ein Einigungsprotokoll unterzeichnet, das den Regierungen zur Billigung unterbreitet wird.

Aus der Landeshauptstadt

90 Jahre alt. Der frühere Direktor der Kasseler Galerie, Geh. Rat Dr. Oskar Eisenmann, einem badischen Bürgergeschlecht aus Pforzheim entstammend, konnte am Donnerstag in Karlsruhe seinen 90. Geburtstag feiern. Nach seiner Zurückkehrung in Pforzheim im Jahre 1907 überlebte er nach Karlsruhe und hier arbeitete er in enger Zusammenarbeit mit Hans Thoma und Wilhelm Trübner an der Neuordnung der Karlsruher Kunsthalle. Der Jubilar ist ein feiner Kenner der mittelalterlichen Malerei. Neben mehreren kunstgeschichtlichen Werken hat sich Eisenmann auch literarisch betätigt.

Das neue Karlsruher Notabzeichen ist erschienen. Es ist nach einem Entwurf von Prof. Willi Max Scheid von der Badischen Kunstgewerbeschule in Pforzheim gestaltet. Im Gegensatz zum Vorjahre, wo die übereinandergestellten Buchstaben des Wortes „Not“ mit einer Flamme das Abzeichen bildeten, hat der Künstler in diesem Jahre die Karlsruher Pyramide als Symbol verwendet und sie zu einem Silberstein mit schwarzen Horizontalstreifen gestaltet. Zu dem Notabzeichen hat der Künstler folgende Geleitmorte geschrieben: „Ein Stern der Hoffnung leuchtet uns zu, auch Deine Gabe half mit dazu!“ Das Notabzeichen gelangt in den nächsten Tagen durch die Werberinnen und Werber der Notgemeinschaft zum Verkauf und wird auch im Straßenverkauf angeboten. Der Verkaufspreis wurde in diesem Jahre, um jedem den Erwerb des Abzeichens zu ermöglichen, auf 30 Pf. festgesetzt.

Die vorstädtische Kleinriedlung in Karlsruhe. Die Stadt beabsichtigt vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses zum Zwecke der Beschäftigung Erwerbsloser und zur Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Lage die Errichtung von 100 Siedlerstellen auf dem Gelände nördlich des Pulverhausweges ungefähr in der Mitte zwischen Pulach und Grünwinkel. Es werden zunächst drei Probehäuser erstellt.

Der Haus- und Grundbesitzerverein hält am Sonntag, dem 17. Januar, vorm. 11.15 Uhr in der „Eintracht“ eine Mitgliederversammlung ab, in der über die Wirkungen der Biersteuererhöhung auf den Hausbesitz berichtet wird. (Siehe Anzeige.)

Urteil gegen Böning bestätigt. Das Oberlandesgericht Karlsruhe hat unter Aufhebung des freisprechenden Urteils der Strafkammer das Urteil des Amtsgerichts Karlsruhe vom 27. August vorigen Jahres bestätigt, durch das gegen den kommunistischen Landtagsabgeordneten Hermann Böning wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 auf drei Monate Gefängnis erkannt worden war. Böning befindet sich augenblicklich wegen eines ähnlichen Vergehens im Gefängnis.

Badisches Landestheater. Am Dienstag, dem 19. Januar, erfolgt eine Wiederholung des pathetischen Schülerdramas „Der Graue“ von Friedrich Forster und am Mittwoch, dem 20. Januar, gelangt die Operette „Die Prinzessin auf dem Seil“ von Johann Strauß (Text von Hans Waag) zum achtenmal zur Aufführung. Verdis neu einstudierter „Troubadour“ wird am Donnerstag, dem 21. Januar, und ebenso Grabbes Drama „Napoleon oder Die hundert Tage“ nach dem großen Aufführungserfolg seiner hiesigen Uraufführung am Freitag, dem 22. Januar, zum erstenmal wiederholt. Im Schauspiel kommt sodann am Samstag, dem 23. Januar, Molières lange nicht mehr gegebene Komödie „Der Misanthrop“ mit der einaktigen Komödie „Die Heirat wider Willen“ der neubestimmten ersten Wiederaufführung. Am Sonntag-Nachmittagsvorstellung geht am 24. Januar im Landestheater das Singspiel „Im weißen Rössl“ und als Abendvorstellung Puccinis Oper „Tosca“ in Szene, während am 25. Januar im Konzerthaus die neubestimmte Operette „Der Vetter aus Dingsda“ von Käthe von Krampe zum erstenmal wiederholt wird.

Professor Juan Manén, Spaniens größter Geiger der Gegenwart, der den Beinamen „Der zweite Sarasate“ führt und auch das kostbare Instrument seines berühmten Vorgängers als Ehrung durch den spanischen König seinerzeit zum Geschenk erhielt, wird in dem bei uns am kommenden Dienstag, dem 19. Januar, abends 8 Uhr im Eintrachtssaal stattfindenden einzigen Violinabend Werke von Mendelssohn, Beethoven, Mozart, Schubert, Paganini und Sarasate spielen. Das Programm nennt auch eine Komposition von ihm selbst und es wird interessant sein, den musikalisch universal begabten Künstler auch als Komponisten kennenzulernen. Wie noch allgemein erinnerlich, wurde bei uns in Karlsruhe seine große Oper „Kero und Ate“ zur deutschen Uraufführung gebracht. Der jugendliche Karlsruher Pianist Franz Golze wird dem berühmten Geiger sicherlich ein vorzüglicher Klavierpartner sein. Der Vorverkauf hat lebhaft eingesetzt; Karten bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 81, und bei Bielefeld, am Marktplatz.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von Samstagmorgen: Bei Island hat sich eine große Zyclone als Zentraltief festgesetzt. Ihr Wirkungsbereich erstreckt sich im Südosten bis nach Nordfrankreich und nach Norddeutschland, während weiter südlich der Einfluss über dem Festland liegenden Hochdruckrücken vorherrscht. Eine Änderung dieser Lage ist noch nicht erkennbar, so daß wir auch für morgen mit Fortdauer des bestehenden Bitterungscharakters rechnen. Voraussage: Keine wesentliche Änderung.

Wasserkände: Badshut 242 minus 10, Bafel 53 minus 6, Schusterinsel 109 minus 8, Neßl 268 minus 7, Maxau 462 minus 10, Mannheim 380 minus 15, Gaub über 200 Zentimeter.

Gemeinderundschau

Senkung städtischer Tarife

Der Stadtrat beschloß eine Senkung der städtischen Tarife. Der Gaspreis beträgt 20—12 Pf. per Kubikmeter je nach Verbrauch, eine Zählermiete wird nicht erhoben. Lichtstrom ist festgesetzt auf 48 Pf. bis zu 200 Kilowattstunden (bisher 50 Pf.), dann je nach Verbrauch herab bis zu 40 Pf. Gaslots wurde um 2—4 M. per Tonne gesenkt und die Installationsarbeiten der städtischen Werke um 10 Proz. Auch die Mieten in den städtischen Alt- und Neubauwohnungen sind um 10 Proz. ermäßigt, desgleichen die Verzugszinsen und Stundungszinsen für Abgaben gemäß der 4. Notverordnung.

Der Stadtrat beschloß, den Gasgrundpreis von 22 auf 21 Pf., das Heizgas von 12 auf 10 Pf., den Lichtstrompreis von 50 auf 45 und den Kraftstrompreis von 30 auf 27 Pf. herabzusetzen. Dadurch entfällt ein Ausfall von 79 000 Reichsmark, der durch die Zinsenkung gedeckt werden soll.

Die Heidelberger Siedlungspläne. Wie berichtet, hat der Stadtrat Heidelberg die Errichtung von 100 Erwerbslosenwohnungen beschlossen. Wie wir hören, sind dafür zwei Plätze am sogenannten Pfaffengrund vorgesehen. Die Siedler erhalten je neun A. Land sowie 2300 M. zur Verfügung gestellt, die in der Hauptsache für Baumaterial und für die unerlässlichen Handwerkerarbeiten Verwendung finden müssen. Die meisten Arbeiten hat der Siedler selbst auszuführen, ein Verfahren, das bereits an anderen Orten mit Erfolg angewandt worden ist. Man nimmt an, daß die Bauarbeiten im Frühjahr beginnen können.

Reform der Kurtage in Baden-Baden. Im Kurtausschuss haben die Beratungen über eine Reform der Kurtage begonnen. Der Hotelbesitzerverein wünscht die Sache soweit zu lenken, daß sie zu denjenigen der anderen Kurorte und Heilbäder in einem angemessenen Verhältnis stehen. Es werden neben einer Reform der Kurtagtarife und Tagesätze vorgeschlagen. Die Vorschläge der Hotelindustrie bringen nach den eingestellten Berechnungen ein Minus von 66 000 M. Aus den Vorschlägen der Kurverwaltung errechnet man für 1932 eine Einnahmeverminderung von 48 000 M. Es wurde eine Unterkommission gebildet, die die Frage nochmals eingehend prüfen soll. Der Kurtausschuss wird am nächsten Montag endgültig Beschluß fassen, worauf die Sache an den Stadtrat und Bürgerausschuss zur Erledigung geht.

Das neue Rathaus in Forbach im Murgtal ist kurz vor den Festtagen bezogen worden. Der Bau ist ein Beispiel moderner Sachlichkeit und von den Karlsruher Architekten Wetzel und Langstein ausgeführt worden. Mit dem Gebäude ist das neue Postamt zweckmäßig verbunden.

Der Bürgerausschuss Waldshut regelte die Frage der Aufwandsentschädigung für die Gemeinderatsmitglieder. Hierfür wurden pro Sitzung und Kopf 4 M. bestimmt. Kommunisten und Nationalsozialisten sprachen sich gegen diese Regelung aus. Die Zählergebühren für Münzstromzähler wurde sodann von 75 auf 40 Pf. herabgesetzt. Der Restbetrag von 17 500 M. eines früher bewilligten Darlehens von 50 000 M. soll zur Deckung eines Restbetrages beim Bau der städtischen Siedlung im Schmitzinger Tal verwendet werden. Schließlich wurde noch die neue Verordnungsform für Gemeindebeamte und Angestellte nach dem Vorschlag des Gemeinderats angenommen.

25jähriges Stadtjubiläum Vörrach. Die Stadt Vörrach kann im November dieses Jahres ihr 25jähriges Bestehen als Stadtgemeinde Oberbadens feiern. Die Vorbereitungen, welche die Stadtverwaltung mit den für die Abhaltung einer Jubiläumsfeier in Betracht kommenden Organisationen pflegte, ergaben, daß man trotz der Notzeit nicht lang- und langsam an diesem Jubiläum vorbeigehen, sondern dieses auf eine schlichte Weise feiern will. Bis her ist ein offizieller Festakt in der Festhalle, eine Veranstaltung für die Einwohnerschaft und eine besondere Feier für die Schulkinder in Aussicht genommen.

109 Brände im Jahre 1931 im badischen Seckreis. Im badischen Seckreis hat es im Jahre 1931 109mal gebrannt. Am meisten brannte es in Fullendorf und in Schweningen (Baden). Hier brach je fünfmal Feuer aus. 66 Personen blieben durch Unfall oder Verbrechen das Leben ein, darunter befinden sich auch die Opfer des am 30. Mai auf dem Bodensee gesunkenen Bootes des Marinevereins Friedrichshafen, soweit sie aus Baden stammten. Opfer von Verbrechen wurde eine 17jährige, die durch ihren früheren Liebhaber durch 6 Messerstiche getötet wurde.

Kurze Nachrichten aus Baden

Weihnachtsbeihilfe der badischen Volksschullehrer. Trotz der großen Notzeit wurde auch in diesem Jahre wieder vom Badischen Lehrerverein die schöne Summe von 7820 M. an 250 bedürftige Angehörige verstorbenen Standesgenossen in Gaben von 20—50 M. verteilt.

SW. Mannheim, 15. Jan. Der vom Einheitskomitee sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter am 16. und 17. Januar in Mannheim geplante Kampftag wurde von der Polizeidirektion Mannheim auf Grund der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. März 1931 verboten.

D. Heidelberg, 16. Jan. Das Heidelberger Schöffengericht wird voraussichtlich am 20. d. M. gegen den Spartakusbekämpften Klumpf verhandeln, der im Juli v. J. nach Unterschlagung von über 40 000 M. (bei der städtischen Sparkasse) geflüchtet war und erst nach ungefähr 4 Monaten unweit der polnischen Grenze verhaftet werden konnte. Mit ihm wird sich der Schneidermeister Kolb zu verantworten haben, der den weitestgehenden Teil der unterschlagenen Summe erhalten haben soll. Mitangeklagt ist ferner noch ein Bäckermeister aus dem Stadtteil Heidelberg-Kirchheim.

D. Pforzheim, 15. Jan. Der Pforzheimer Polizeibericht meldet, daß eine gestern abend im städtischen Saalbau abgehaltene Versammlung der NSDAP. aufgelöst werden mußte, nachdem der Redner, Reichstagsabgeordneter Kollerscher, trotz viermaliger Verwarnung, seine scharfen, die Regierung Brünning verächtlichmachenden Angriffe fortsetzte. Der Saal wurde polizeilich geräumt, der Redner vorläufig festgenommen. Auf der Straße bildeten sich Sprechchöre, die durch die Polizei auseinander getrieben wurden. Dabei wurden zwei junge Leute vorläufig festgenommen, die Parteiflaggen trugen.

St. Grenzach bei Vörrach, 15. Jan. Die Reichsbahndirektion hat beschlossen, eine Erweiterung des Bahnhofs Grenzach vorzunehmen, da der vor vielen Jahren angelegte alte Bahnhof den gesteigerten Verkehrsbedürfnissen nicht mehr genügt.

Staatsanzeiger

Sicherung des Straßenverkehrs an Eisenbahnübergängen.

An die Bezirksämter und die Polizeidirektion Baden-Baden, sowie an die Gemeinden und Kreise

Die Zunahme von Unglücksfällen an Bahnübergängen gibt Veranlassung, die für die Aufstellung von Warnungstafeln und Unterhaltung der Wege verantwortlichen Dienststellen darauf hinzuweisen, daß die gute Sichtbarkeit der Warnungstafeln an den Eisenbahnkreuzungen von größter Wichtigkeit und dringend erforderlich ist. Insbesondere ist darauf zu achten, daß diese Tafeln nicht durch Bäume, Sträucher u. dgl. verdeckt werden und die Aufschrift in einem Ausmaße erfolgt, daß die Tafeln auf eine Entfernung von etwa 100 Metern von jeder Stelle des Weges aus gut erkannt werden können.

Um das zu gewährleisten, wird hiermit angeordnet, daß die zuständigen Wegepolizeistellen alljährlich im Frühjahr, sobald die Bäume fertig belaubt sind, eine örtliche Nachprüfung vornehmen. Auch etwaigen Anträgen der Reichsbahnen wegen der Herstellung guter Sichtbarkeit bei den von ihr aufgestellten Warnungstafeln haben die Wegeunterhaltungspflichtigen weitgehend zu entsprechen.

Karlsruhe, den 14. Januar 1932.
Der Minister des Innern.
Maier.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 16.—24. Januar 1932.

G. M. Landestheater:

Dienstag, 19. Jan.: * G 15 Th.-Gem. 201—300. Der Graue, von Forster. 20 bis nach 22.30 (4,20 M.).

Mittwoch, 20. Jan.: * A 15 (Wittwochmiete). Th.-Gem. II. S.-Gr. Die Prinzessin auf dem Seil. Operette von Johann Strauß. 20—22.15 (5,70 M.).

Donnerstag, 21. Jan.: * D 17 (Donnerstagmiete). Th.-Gem. I. S.-Gr. Der Troubadour. Von Verdi. 20 bis nach 22.30 (5,70 M.).

Freitag, 22. Jan.: * F 16 (Freitagmiete). Th.-Gem. 1401 bis 1500. Napoleon oder Die hundert Tage. Von Chr. D. Grabbe. 20 bis nach 22.30 (4,20 M.).

Samstag, 23. Jan.: * E 15 Th.-Gem. 1801—1400. Neu einstudiert: Die Heirat wider Willen. Von Molière. Hierauf: Neu einstudiert: Der Misanthrop. Von Molière. 20—22.30 (3,50 M.).

Sonntag, 24. Jan.: Nachmittags: 8. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: Im weißen Rössl. Singspiel von Ralph Benatzky. 15—18 (3,50 M.).
Abends: * B 16 Th.-Gem. 301—400. Tosca. Von Puccini. 20—22.15 (6,30 M.).

Im Städtischen Konzerthaus:
Sonntag, 24. Jan.: * Der Vetter aus Dingsda. Operette von Ed. Käthe. 19.30 bis nach 22 (2,60 M.).

Auswärtiges Gastspiel:
Donnerstag, 21. Jan.: In Neustadt: Ständchen bei Nacht.

EINTRACHT
Dienstag 19. Jan. 20 Uhr
Der große spanische Geiger und Komponist
Juan Manén
spielt Werke von Mendelssohn (Violin-Konzert), Brahms (D-Moll-Sonate), Beethoven (von Manén aufgeführt, Konzertstück), Bach (Solo-Son.), Paganini, Manén etc.
Am Steinway-Flügel Franz Hölzle. L. 669
Karten zu 1,- (Schüler), 1,50 (Stehplätze), 2,-, 2,50, 3,-, 4,- und 5,- RM. bei Bielefeld und bei Kurt Neufeldt Waldstr. 81.

Badisches Landestheater
Sonntag, den 17. Jan. 1932
Vorgensfeier
Johann Strauß
Josef Krips, Lotte Fischbach, Elfriede Kuhlmann.

Bad. Landestheaterorchester, das Ballett
1. Overtüre: „Waldmeister“; 2. Rosen aus dem Süden, Walzer mit Tanz; 3. Frühlingsstimmenwalzer mit Gesang (Lotte Fischbach); 4. Radeky-Marsch in Tanz; 5. Bizzicato-Polka mit Tanz; 6. Kaiserwalzer mit Tanz; 7. G. Schichten aus dem Wiener Wald, Walzer; 8. An der schönen blauen Donau, Walzer mit Tanz
Anfang 11 Ende nach 12
Preise 0,40—0,80 RM

Abends:
* E 14 Th.-Gem. III. S.-Gr.
1. Hälfte
Neu einstudiert:
Der Troubadour
Oper von Verdi
Dirigent: Schwabz
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Eßelgroth, Habertorn, Winter, J. Gröbinger, Hopf, Kiefer, Wentwig, Cerner, Rindemann
Anf. 19¹/₂ Ende nach 22
Preise E (1—6,30 RM)

Montag, 18. Januar 1932
Vollstündige
Januarvorstellung
Rina
Komödie von Bruno Frank
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Ewig, Rademacher, Seiling, Cerner, Heber, Brand, Dahlen, Herz

Anfang 20 Ende 22
Der IV. Rang ist für den
allgem. Verkauf freigegeben
Mitwirkende:
Die 19. 1. Der Graue.
20. 1. Die Prinzessin
auf dem Seil. Do. 21. 1.
Der Troubadour. Fr. 22. 1.
Napoleon. Sa. 23. 1. Neu
einstudiert: Die Heirat
wider Willen. Hierauf: Neu
einstud.: Der Misanthrop.
So. 24. 1. Nachmittags: Im
weißen Rössl. Abds.: Tosca.
Im Konzerthaus:
Der Vetter aus Dingsda.

Im Städt. Konzerthaus
* Sonntag, 17. Jan. 1932
Neu einstudiert:
Der Vetter aus Dingsda
Operette von Ed. Käthe

Dirigent: Stern
Regie: v. d. Trend
Mitwirkende:
Cerner, Janz, Seibertlich,
Ernst, Aldele, Luther, P.
Müller, Brüder, S. Müller
Anf. 19¹/₂ Ende nach 22
I. Parkett 2,60 RM

Wir werben für Sie!
Materiallieferung
Das Wasser- und Straßenbauamt Heidelberg vergibt nach den Vorschriften der Reichsverordnungsordnung die Lieferung von 1430 cbm Hartgipseinstreuer und 1430 cbm Grus mit Befreiung bis 31. März 1932.
Angebotsformulare sind vom Bauamt zu beziehen. Eröffnungstermin Freitag, den 22. Januar 1932, vormittags 10 Uhr, auf dem Bauamt.
A. 792

Haus- u. Grundbesitzerverein e. V. Karlsruhe
Am Sonntag, den 17. Januar 1932, 11¹/₂ Uhr, findet in der Eintracht eine
Mitglieder-Versammlung
statt, zu der unsere Mitglieder freundl. eingeladen werden. Mitgliedskarte oder letzte Beitragsquittung dienen als Ausweis.
Tagesordnung:
Die Wirkungen der 4. Notverordnung auf den Hausbesitz.
Berichterstatte: **Vorstands-Syndikus Dr. Dierle.**
L. 671
DER VORSTAND.

Wir vergeben, vorbehaltlich der Bewilligung der Mittel, II. den bestehenden Bestimmungen die freie Lieferung von Walzhölzern und Grus, sowie Feegrus aus Hartstein auf Landstraßen.
Lieferfrist: 20. März 1932.
Die Angebotsvorbrude können vom Bauamt bezogen werden und müssen bis spätestens 21. Januar 1932, vormittags 10 Uhr, verschlossen, mit der Aufschrift „Walzhölzer- und Feegruslieferung“ versehen, auf unserem Büro, Schulbergstraße Nr. 2 abgegeben sein, wofür auch die Lieferungsbedingungen eingehenden werden können.
Anschlagsfrist: 3 Wochen.
Pforzheim, 12. Jan. 1932.
Bad. Wasser- und Straßenbauamt.